



Ja zu mehr Steuergerechtigkeit

Mit einer bescheidenen Initiative will die SP den ruinösen Steuerwettbewerb etwas begrenzen. Bei Einzelpersonen mit über 250'000 sfr steuerbarem Einkommen (Verheiratete entsprechend mehr) wird ein minimaler Steuersatz für Kantons- und Gemeindesteuern festgelegt. Gemäss Angaben des Bundes haben etwa 32'000 Personen oder 0,7 % der Steuerpflichtigen ein so hohes Einkommen. Effektiv betroffen sind vom Minimalsteuersatz etwa 10'000 Steuerpflichtige, also etwa ein Drittel davon. Die übrigen zwei Drittel zahlen schon heute höhere Steuern. Für sie würde sich mit Annahme der Initiative gar nichts ändern.

Mit gewaltigen Werbeaufwand und einer Flut von Leserbriefen versuchen die Gegner dieser Initiative uns weiszumachen, dass eine Annahme der Initiative mehr oder weniger einem vorgezogenen Weltuntergang gleichkäme. So wird beispielsweise behauptet, das Risiko bestehe, dass viele Betroffene auswandern würden. Allerdings sagt niemand, wohin diese ziehen würden. Der Grund ist sehr einfach. Es gibt diese viel attraktiveren Wohnorte gar nicht.

Oder es wird behauptet, diese Steuerinitiative sei das Ende des Föderalismus. Wieso eigentlich? Föderalismus ist doch viel mehr als die Festlegung der Steuersätze. Nur weil für 0,7 % der Steuerpflichtigen ein Mindeststeuersatz festgelegt wird, gibt es doch keinen Grund, den ganzen Föderalismus über Bord zu werfen.

Erstaunlich finde ich schon, wie alle bürgerlichen Parteien sich darum bemühen, die Steuerprivilegien von 10'000 Superreichen zu verteidigen. Wieso sie dies tun, ist für mich unverständlich. Den Interessen der Mehrheit der Bevölkerung dient dies ganz sicher nicht.

Eusebius Spescha, Kantonsrat SP